

„Gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland erhalten und fördern“

Impulspapier der Delegiertenversammlung des Deutschen Caritasverbandes

Die heutige Zeit ist geprägt durch Globalisierung, Digitalisierung, Beschleunigung und Entgrenzung. In ihrem Zusammenspiel führen die dynamischen Veränderungen in Teilen der Bevölkerung zu Verunsicherungen und Überforderung. Der demografische Wandel, die zunehmende Alterung ebenso wie die Zuwanderung verstärken diese Prozesse. Die Suche nach dem eigenen Platz in der Gesellschaft oder die Angst um diesen gehen stellenweise einher mit einer abnehmenden Toleranzbereitschaft. Die Angst, vergessen oder „überrollt“ zu werden, führt dazu, dass Menschen als einzige Lösung die Abgrenzung von der neuen Vielfalt und die Einschränkung auf das Bekannte sehen. Die Chancen einer pluralen Gesellschaft werden häufig ausgeblendet und populistische Bewegungen heben deren Risiken hervor. Spielregeln des gesellschaftlichen Zusammenhalts müssen neu vereinbart werden.

Politik, Zivilgesellschaft und die Kirchen sind gefordert, sich für die Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts einzusetzen. Ihrem christlichen Selbstverständnis folgend sind die Kirche und ihre Caritas dazu aufgerufen, an einer friedlichen und gerechten Welt mitzuwirken, in der alle Menschen ein gutes Leben führen können. Insbesondere ist dazu auch der interreligiöse Dialog zu fördern. Deshalb setzt sich die Caritas mit ihrer Initiative in den Jahren 2018–2020 für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ein. Das vorliegende Impulspapier der Delegiertenversammlung des Deutschen Caritasverbandes, das von ihrer Kommission „Sozialpolitik und Gesellschaft“ vorbereitet wurde, möchte den Verband bei diesem Vorhaben unterstützen und eine innerverbandliche Debatte anregen. Die Delegiertenversammlung lädt zum Start der neuen Initiative dazu ein, den Beitrag der Caritas für den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf allen Ebenen zu fördern und zu nutzen.

Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist Ausdruck für die Qualität des Zusammenlebens in einer Gesellschaft. Die normative Basis des Zusammenlebens wird durch ein gemeinsames Wertefundament gelegt, auf das sich die Mütter und Väter des Grundgesetzes vor 70 Jahren „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“

bezogen haben. Das Grundrecht auf Achtung der Menschenwürde steht im Mittelpunkt. Es gilt nicht nur gegenüber dem Staat, sondern begründet moralische Pflichten in den alltäglichen zwischenmenschlichen Beziehungen. Zudem schützen die Grundrechte individuelle Freiheits- und Beteiligungsrechte und zielen darauf, jeder und jedem Einzelnen – unabhängig von Geschlecht, Behinderung, ethnischer Zugehörigkeit und anderen Unterscheidungskriterien – ein gelingendes Leben zu ermöglichen und die Rahmenbedingungen politisch mitzugestalten. Dabei findet die individuelle Freiheit ihre verfassungsimmanenten Schranken an den Grundrechten anderer und am Gemeinwohl. Gleichzeitig wird durch das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes und die Formulierung des politischen Ziels, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse herzustellen, eine Pflicht des Staates begründet, die materiellen Voraussetzungen für die Wahrnehmung dieser Rechte zu schaffen. Exekutive und Legislative müssen aktiv werden, um in allen Bereichen unserer Gesellschaft – unter anderem Bildung, Politik, Arbeits- und Wohnungsmarkt, Gesundheitswesen – gleichberechtigte Teilhabe und Chancengerechtigkeit herzustellen. Rechtliche Grundlagen und staatliche Angebote sind notwendige, nicht hinreichende Bedingung für gesellschaftlichen Zusammenhalt. So braucht es darüber hinaus in der Bevölkerung ein Verständnis von Gesellschaft, das von Toleranz geprägt ist und nach dem alle Menschen gleichwertige Teile der Gesellschaft sind. Es braucht ein Bewusstsein für das Aufeinander-angewiesen-Sein trotz oder gerade wegen der Heterogenität unserer Gesellschaft und der Verhältnisse in der Welt. Den Wohlfahrtsverbänden kommt als gemeinwohlorientiertes „Gerüst der sozialen Infrastruktur“ dabei eine besondere Verantwortung zu.

Sozialer Ausgleich

Die ungenügende soziale Aufwärts-Mobilität, die Ungleichheit in der Einkommensverteilung, die regional unterschiedlichen Lebensverhältnisse sowie die in subjektiver Wahrnehmung wachsende Ungerechtigkeit weisen auf Missstände im Bereich des sozialen Ausgleichs hin, die durch eine befähigende Bildungs-, Arbeits- und Sozialpolitik mit Fokus auf Prävention und Inklusion angegangen werden müssen. Hierfür müssen hinreichend

Ressourcen zur Verfügung stehen, Kooperationen zwischen den Hilfesystemen gestärkt werden und Übergänge zwischen den Bildungs- und Ausbildungssystemen sowie dem Arbeitsmarkt verbessert werden. Die für den Zusammenhalt der Gesellschaft elementare Funktionsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme muss ebenso wie die Daseinsvorsorge zukunftsfähig gewährleistet sein. Steuerpolitische Maßnahmen wie die Anhebung der Einkommensteuersätze auf hohe Einkommen, die Abschaffung der Abgeltungsteuer und eine wirksame Besteuerung hoher Erbschaften können flankierend dazu beitragen, materieller Ungleichheit in Deutschland entgegenzuwirken.

Öffentliche Debatte

Die öffentliche Debatte ist, forciert durch gesellschaftliche Veränderungen sowie die Verlagerung von Kommunikationsräumen in die digitale Welt, durch (sprachliche) Polarisierung und Verrohung gefährdet. Im Rahmen einer verständigungsorientierten Kommunikation muss zurückgefunden werden zu einer sachlichen Argumentation, die unterschiedliche Perspektiven zulässt und berücksichtigt. Hierfür gilt es, die sachliche Debatte zwischen Menschen zu stärken und im öffentlichen Raum niedrigschwellig zugängliche Settings zu entwickeln, die Informationen bereitstellen, Aufklärung und Orientierung schaffen sowie Begegnung ermöglichen, um Vorurteile abzubauen. Hier müssen auch die Kirche und ihre Caritas sichtbarer und wirkungsvoller werden. Orte der Caritas, wie Familienzentren oder Beratungsstellen, haben on- und offline den Auftrag, als Orte der Begegnung zu einer offenen Debattenkultur beizutragen. Die Kirchen haben – nicht nur im interreligiösen Dialog – einen eigenen Auftrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Freiwilliges Engagement

Freiwilliges Engagement spielt zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts eine bedeutende Rolle, es fördert in alten und neuen Formen Mitwirkung und Integration. Damit ist es nicht nur eine zentrale Form der sozialen Teilhabe, sondern ermöglicht diese auch. Deshalb ist es Aufgabe des Staates, engagementfördernde Rahmenbedingungen (auch finanziell) zu sichern und so genügend Raum für eine freie Entfaltung des freiwilligen Engagements zu schaffen. Dazu gehört auch die Förderung von digitalen Plattformen für Engagierte. Im Kontext der Kirche und ihrer Caritas kann und muss freiwilliges Engagement zum Wohl aller weiter gestärkt werden. Der Anteil freiwillig engagierter Personen in der deutschen Bevölkerung ist nicht gleich verteilt, sondern hängt stark von Alter und sozioökonomischem Status der Personen ab. Unterschiedliche Engagementpotenziale können mit unterschiedlichen Angeboten entfaltet werden, es sind Zugänge auch für bislang unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen zu eröffnen.

Die Dienste und Einrichtungen der Caritas müssen die Ideen Freiwilliger aktiv einbeziehen und ihre Vorstellungen bei der Gestaltung und Ausrichtung von Dienstleistungen, Angeboten und Aktivitäten berücksichtigen. Dies kann eine Neuausrichtung der Dienste und Einrichtungen in ihrer Rolle als „Solidaritätsstifter und Anwalt“ im Sinne der Stärkung von Eigeninitiative und Selbsthilfe vor Ort erfordern, damit sie erfolgreich als Brückenbauer zwischen den Freiwilligen und den anderen Akteuren im Sozialraum fungieren können.

Bildung

Der Bildungserfolg in Deutschland darf nicht von der sozialen Herkunft abhängig sein. Gleiche Bildungschancen unabhängig von Geschlecht und Herkunft sind die Grundvoraussetzung einer inklusiven Gesellschaft. Sie sind von entscheidender Bedeutung, um ein gelingendes Leben zu führen, Benachteiligung im Erwachsenenalter zu vermeiden und jungen Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Ein chancengerechtes inklusives Bildungssystem für alle Kinder und Jugendlichen benötigt eine auf individuelle und ganzheitliche Förderung ausgerichtete Pädagogik, flächendeckende Angebote im Rahmen der Schulsozialarbeit sowie Kooperationen mit den außerschulischen Unterstützungssystemen und Einrichtungen im Sozialraum der Kinder und Jugendlichen. Es gilt, kommunale Bildungslandschaften aufzubauen mit dem Ziel, Schulen, Kitas und außerschulische Bildungseinrichtungen in einen Wirkungszusammenhang zu bringen. Das Lernen im digitalen Wandel muss bei der weiteren Gestaltung des Bildungswesens in allen Bildungsbereichen miteinbezogen werden.

Gute Arbeit

Erwerbstätigkeit ist essenziell für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Der Teilhabegedanke im Sinne eines sozialen Arbeitsmarktes muss in den arbeitsmarktpolitischen Gesetzbüchern verankert und umgesetzt werden, um den Rechtsanspruch aller auf Teilhabe durch Arbeit zu sichern. Für die große Zahl von Langzeitarbeitslosen müssen passende Förderprogramme in ausreichendem Umfang bereitgestellt werden. Um auf die sich verändernden Bedingungen am Arbeitsmarkt im Zuge der Digitalisierung und der Zuwanderung vorbereitet zu sein, gilt es, entsprechende Weiterbildungsangebote zu entwickeln, Förderprogramme an die neuen Bedingungen anzupassen und lebenslange Weiterbildung zu fördern. Im Bereich des Arbeitsmarktes selbst muss der Fokus verstärkt auf Prävention, nachhaltiger Integration und guter Arbeit liegen. In besonderer Weise gilt dies für junge Menschen, die beim Schulabschluss, der Ausbildung und dem Berufseinstieg Unterstützung brauchen. Darüber hinaus muss es noch besser möglich sein, Familie und Beruf zu vereinba-

ren. Die Veränderungen der Arbeitswelt durch die Digitalisierung können mit ihren Flexibilitätspotenzialen große Chancen bieten, mit den mit ihr einhergehenden Entgrenzungen – Entbetrieblichung und Hybridisierung – erfordern sie zugleich neue sozial- und arbeitsrechtliche Einhegungen.

Wohnen

Wohnen ist ein Menschenrecht. Seine Gewährleistung ist von erheblichen sozialen und regionalen Unterschieden geprägt, die bei einer sozialen und bedarfsorientierten Wohnungspolitik mitberücksichtigt werden müssen. Während in manchen strukturschwachen Räumen und ländlichen Gebieten Abwanderung und Leerstand das Bild prägen, weisen städtische, wirtschaftsstarke Gebiete Wohnungsnot und stark steigende Mieten auf. In diesen Gebieten bedarf es politischer Maßnahmen, um die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum sicherzustellen, räumlicher Segregation entgegenzuwirken und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Eine soziale und bedarfsorientierte Wohnungspolitik muss auf die Schaffung preisgünstigen Wohnraums zielen. Hierfür muss nicht zuletzt der soziale Wohnungsbau deutlich ausgeweitet werden. Gemeinnützige Genossenschaften und andere Träger gemeinwohlorientierten Wohnens sollten bei der Grundstücksvergabe besonders berücksichtigt werden. Durch eine integrierte Stadt- und Regionalentwicklungsplanung kann Segregation entgegengewirkt werden. Nachverdichtungspotenziale sollten in allen, nicht nur in den ohnehin belasteten Stadtteilen genutzt werden. Reichen diese nicht aus, kommt die Entwicklung von neuen Stadtteilen in Betracht. Die frühzeitige Beteiligung der Einwohner(innen) hilft, die Akzeptanz zu erhöhen und bessere Ergebnisse zu erzielen. Auch Sozialraumorientierung kann eine teilhabeorientierte und solidarische Gesellschaft befördern, indem alle relevanten Akteure aus Politik, Verwaltung, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft in Planungsprozesse und deren Umsetzung miteinbezogen werden. Auch die Kirchen und Wohlfahrtsverbände sollten mit ihrer Expertise aktiv bei Prozessen der regionalen Wohnraumpolitik und Stadtentwicklung mitwirken. Chancen der Digitalisierung und der modernen Verkehrssysteme müssen genutzt werden, um auch periphere und als „strukturschwach“ geltende Gebiete attraktiv für Wirtschaft und Bevölkerung zu machen.

Wanderung in und nach Europa

Angesichts der zunehmend diversen ethnischen, religiösen und kulturellen Zusammensetzung nicht nur der schon länger ansässigen Bevölkerung, sondern auch der Neuzuwandernden erwartet die Gesellschaften Europas ein spürbarer Veränderungsprozess, den es zu gestalten gilt. Um negativen Effekten vorzubeugen, müssen für die praktischen Herausforderungen, beispielsweise

auf dem Arbeitsmarkt oder im Bildungsbereich, tragfähige Lösungen entwickelt werden. Gleichzeitig kann die Zuwanderung als Katalysator für längst überfällige Änderungsprozesse wirken. Um die Chancen der Zuwanderung für die Gesellschaft zu entfalten, müssen bessere ausländer-, arbeits- und sozialrechtliche Rahmenbedingungen eingefordert und Partizipationschancen weiter ausgebaut werden. Dazu ist die interkulturelle Öffnung von Institutionen und Vereinen ebenso unabdingbar, wie der Abbau von Vorbehalten und Ausgrenzung. Dafür braucht es neben Information vor allem Zeit und Raum für Austausch und Reflexion. Die Kirche und ihre Caritas werden sich in Deutschland und Europa einbringen und mit ihren Angeboten für eine Kultur des respektvollen Miteinanders eintreten.

Ausblick

Die Gesellschaften der Zukunft sind Gesellschaften der Vielfalt und der stetigen Veränderung. Die erforderlichen Anpassungsprozesse stellen die Menschen und Institutionen vor große Herausforderungen, die umso eher gelingen, je stärker die vielfältigen Chancen sichtbar und gestaltbar werden und allen Menschen offenstehen. Ein widerständiges Aussitzen der Veränderungen hätte negative Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und Europa und damit auf das Leben der Menschen in all seinen Facetten. Ziel unserer Bemühungen sollte daher eine inklusive Gesellschaft sein, welche die damit verbundenen Herausforderungen nicht ausblendet, die Chancen von Veränderungsprozessen erkennt, diese zum Wohl der Gemeinschaft nutzt und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Magdeburg, den 19. Oktober 2017

Deutscher Caritasverband, Delegiertenversammlung

PRÄLAT DR. PETER NEHER,

Präsident

Kontakt: Dr. Thomas Becker, E-Mail: thomas.becker@caritas.de